

beco Berner Wirtschaft
Vernehmlassung TEG
Münsterplatz 3
3011 Bern
consultation@vol.be.ch



Bern, 18. Mai 2016

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Vernehmlassung Tourismusentwicklungsgesetz (Änderung)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Tourismusentwicklungsgesetzes Stellung nehmen zu können. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) nimmt dazu innert Frist wie folgt Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Die SP Kanton Bern begrüsst die Absicht, mit den vorgeschlagenen Änderungen eine Vereinfachung, Klärung und insbesondere flächendeckende Handhabung des Gesetzes zu erreichen. Die Änderung von Artikel 9 lehnen wir jedoch ab, weil damit der nicht nachhaltige Skisport noch stärker gefördert würde. Wir nehmen im Folgenden ausschliesslich zu Artikeln Stellung, bei welchen wir Fragen und Anmerkungen, beziehungsweise Differenzen zum vorliegenden Änderungsvorschlag haben.

2 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN ARTIKELN

Artikel 5

Bisher wurden 75% der Beiträge an die Tourismusregionen ausbezahlt. Neu soll der Regierungsrat die Sätze periodisch festlegen können. Die SP Kanton Bern befürchtet, dass damit der Vorwurf der Intransparenz und Unsicherheit aufkommen wird. Wir beantragen, dass daher eine Spannbreite oder ein Minimalansatz im Gesetz festgelegt wird.

Artikel 9/neuer Abschnitt 2a

Wir stellen fest, dass damit der aktuelle Usus im Gesetz festgeschrieben werden soll. Die SP Kanton Bern steht dieser generell formulierten Regelung jedoch kritisch gegenüber. Der Artikel fokus-

siert im Besonderen auf die FIS-Rennen im Berner Oberland. Wir fragen uns dabei, an welche Kriterien die Unterstützung derartiger Grossanlässe hinsichtlich Nachhaltigkeit und Ökologie geknüpft werden? Immerhin heisst es in Artikel 1, Absatz 2 des Tourismusentwicklungsgesetzes: «Er (der Kanton) strebt eine nachhaltige Entwicklung für sich und seine Regionen an.» Der Skisport in tiefen ist aus heutiger Sicht nicht mehr nachhaltig. Die Klimaveränderung wird dafür sorgen, dass dieser Sport in Zukunft nur noch sehr weit oben stattfinden kann (ab 2000 bis 3000 m Höhe). Das Festhalten an diesem Sport in zu geringen Höhen (etwa Adelboden mit 1350 m. ü. M.) führt mittelfristig zu Fehlinvestitionen. Der Wasser- und Energieverbrauch von Schneekanonen sowie Pistenfahrzeugen ist nicht nachhaltig. Wir beobachten im Skisport ein europaweites Wettrüsten gegen den Klimawandel, der genau diesen Klimawandel verstärken hilft.

Zudem haben wir auch finanzielle Bedenken. Bisher unterstützte die Armee diese Anlässe mit. Würde der Kanton diesen Anteil auch noch übernehmen, wenn die Armee sparen müsste? Weiter ist für uns ungeklärt, ob der Kanton auch Gelder zurückfordern kann, wenn Organisatoren dank Sponsoring und Einnahmen aus Eintrittsgeldern Gewinn erwirtschaften.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir die Änderung von Artikel 9 ab.

Artikel 22

Wir begrüssen die Aufnahme eines Mindestbetrages.

3 SCHLUSSBEMERKUNG

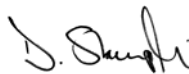
Zusammenfassen können wir festhalten, dass wir die kleinen Anpassungen im Gesetz unterstützen, die folgenschwere Änderung von Artikel 9 aber ablehnen. Wir bitten Sie, unsere Anmerkungen bei der Auswertung der Vernehmlassung wohlwollend zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär